

Information über die grundsätzlichen Regelungen für Riester-Sparer bei Aufenthalt im Ausland bzw. Wegzug ins Ausland

Wer als Riester-Sparer dauerhaft oder vorübergehend ins Ausland geht, muss bestimmte Regeln einhalten, um die Förderung nicht zu verlieren.

Grundsätzlich gilt Folgendes:

Die Förderung wird im Ausland nur dann gewährt, wenn der Riester-Sparer in einem **deutschen Alterssicherungssystem aktiv versichert** ist, das unter den Rentenkürzungen leidet. Ansprüche auf die Riester-Förderung haben demnach vor allem Angestellte und Beamte. Damit sind aber auch Grenzgänger aus Deutschland von der Riester-Rente ausgeschlossen, wenn Sie im Nachbarland arbeiten. Wer jedoch im Ausland wohnt, dabei aber in Deutschland arbeitet und der hiesigen Sozialversicherungspflicht unterliegt, hat Anspruch auf eine geförderte Riester-Rente.

Bei einer **Entsendung** gelten andere Regeln:

Schickt der Arbeitgeber einen Riester-Sparer für eine begrenzte Zeit ins Ausland, bleibt die Zulagenberechtigung für die Riester-Rente auch während der Zeit der Entsendung bestehen. Es ist dann auch nicht mehr erforderlich, wie bis zum Jahr 2009, dass für die Riester-Förderung in Deutschland eine unbeschränkte Einkommensteuerpflicht besteht.

Problematisch wird es mit der Riester-Rente, wenn ein Sparer **dauerhaft in Ausland** zieht: Früher mussten bei einem Wegzug aus Deutschland grundsätzlich alle Zulagen und Steuervorteile zurückgezahlt werden, weil ein Wegzug ins Ausland als schädliche Verwendung der Riester-Rente eingestuft worden war (mit der Möglichkeit der Stundung der Rückzahlungsbeträge).

Aber auch hier gilt seit dem Jahr 2010 eine deutlich vorteilhaftere Regelung: Wer als Riester-Sparer **ins EU- bzw. EWR-Ausland** zieht, muss weder die Zulagen noch die Steuervorteile zurückzahlen. Verlegt ein Riester-Sparer im Alter seinen Wohnsitz also nach Mallorca, müssen Zulagen und Steuervorteile nicht mehr zurückgezahlt werden.

Anders sieht es jedoch aus, wenn der Wohnsitz in ein Land **außerhalb der EU bzw. des EWR** verlegt wird. Hier geht der Gesetzgeber von einer **schädlichen Verwendung** aus und will die Zulagen und Steuervorteile erstattet und die Erträge versteuert haben. Dabei gibt es die Möglichkeit der Stundung des Rückzahlungsbetrages nach § 95 Absatz 2 Satz 1 EStG, über den die Zulagenstelle den Riester-Sparer umfassend informiert.

Die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) muss vom Anbieter über die vorübergehende bzw. dauerhafte Wohnsitzverlegung informiert werden. Die Zulagenstelle prüft dann die Förderberechtigung bzw. die Rückforderung der Zulagen und Steuervorteile sowie die Besteuerung der Erträge.